



Freimarkt für Fortgeschrittene

Zum Start unserer neuen Serie „Freimarkt für Fortgeschrittene“ versuchten sich die Handballerinnen des SV Werder, Rabea Neßlage (links) und Jennifer Börsen, an der Wurfboje. Mit ihrem Ergebnis waren sie nicht zufrieden, trotz viermal die Woche Handballtraining. Ihr Urteil: „Unsere Leistung im Dosenwerfen ist ausbaufähig.“ FOTO: KUHAUPT Bericht Seite 9

Steuerzahlerbund will Ende der Privilegien

Kritik an Nebenverdiensten von Politikern in Bremen und Niedersachsen / Lukrative Posten in Sparkassen-Gremien

VON PETER MLODOCH

Hannover-Bremen. Die Nebeneinkünfte von Landräten und Bürgermeistern sind ins Ziellicht geraten. Für Ämter in Aufsichts- und Verwaltungsräten fließen oft fünfstelligen Summen pro Jahr. Ob und wie viel die Spitzenbeamten davon behalten dürfen, ist allerdings völlig unterschiedlich geregelt. Steuerzahlerbund und die Grünen in Niedersachsen fordern mehr Transparenz und ein Ende der Privilegien insbesondere der Sparkassen-Posten. Unangenehme Fragen des Steuerzahlerbundes muss sich derzeit auch der Bremerhavener Oberbürgermeister Melf Grantz gefallen lassen.

Laut Geschäftsbericht der BLG Logistics Group kassierte der SPD-Mann als Aufsichtsrat im vergangenen Jahr 12.000 Euro an Tantiemen und Sitzungsgeldern. Die gleiche Summe erhielt Bremens Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD); Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) kam sogar auf 22.000 Euro. Nur: Von den Beträgen dürfen die beiden Regierungsmitglieder gerade mal 4.900 Euro behalten. Den Rest müssen sie laut Senatgesetz in die Landeskasse abführen.

Anders ist das bei Grantz. Der OB darf seine Summe komplett – abzüglich der Steuern – behalten. Der Magistrat der Seestadt berief sich bis dato auf eine 2010 beschlossene Ausnahmeregel, wonach dieser Nebenverdienst die entstehenden Mehrbelastungen, die schließlich im Interesse der Kommune lägen, angemessen ausgleiche. „Eine derart unterschiedliche Behandlung innerhalb eines Bundeslandes ist nicht zu rechtfertigen“, meint dagegen Bernhard Zentgraf, Vorsitzender der Steuerzahlerbundes Niedersachsen-Bremen. Die Organisation verlangt von der Bremerhavener Verwaltung Aufklärung und fragt nach weiteren Nebeneinkünften des Bürgermeisters. Eine Antwort steht seit Monaten aus.

Immerhin: Ende September ließ Grantz verlauten, der Magistrat habe beschlossen, die „Ungleichbehandlung von Senatsmitgliedern und Magistratsmitgliedern aufzuheben“. Nebeneinkünfte oberhalb von 4.900 Euro würden „in Zukunft“ an die Bremerhavener Stadtkasse abgeführt.

Abführregeln für Nebenverdienste gelten auch für Beamte und Minister in Niedersachsen. So dürfen Regierungsmitglieder höchstens 6.200 Euro pro Jahr behalten –

selbst wenn hinter den Einkünften anspruchsvolle Aufgaben wie etwa der VW-Aufsichtsratsposten von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) stecken. Bei Landräten und Bürgermeistern sind solche Vergütungen ebenfalls gedeckelt – je nach Besoldungsgruppe ebenfalls bis zu 6.200 Euro.

Ausnahmen bilden laut Niedersächsischer Nebentätigkeitsverordnung (NNVO) die „öffentlichen Ehrenämter“. Dazu zählen laut Sparkassengesetz just auch jene üppig entlohnten Sitze in den Verwaltungsräten. Über die Summen, die je nach Wichtigkeit des Postens und Größe der Sparkasse bis in fünfstelligen Bereiche variieren, schweigen die Geldhäuser. Auch viele Empfänger mögen mit Verweis auf Datenschutz und Belange anderer nicht darüber reden. So ist der Osterholzer Landrat Bernd Lütjen einer der wenigen, der gegenüber dem WESER-KURIER den Betrag von 6.120 Euro für seine Tätigkeit nennt.

In einem Parteitagbeschluss vom Frühjahr fordern die Grünen die „gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung von Aufwandsentschädigungen in Verwaltungsräten“. Grünen-Landeschefin Meta Janssen-Kucz geht noch weiter und spricht sich für

eine Gleichbehandlung der Sparkassengelder mit anderen Nebeneinkünften – also für eine Abfuhrpflicht – aus. „Da müssen wir ran“, sagt sie. Ähnlich sieht es Zentgraf vom Steuerzahlerbund. Das Privileg für die kommunalen Geldinstitute sei überholt. „Die Landräte und Bürgermeister sitzen ja nur aufgrund ihres Amtes in den Gremien, und nicht weil sie Meyer oder Müller heißen.“ Der Präsident des niedersächsischen Sparkassenverbandes, Thomas Mang, winkt jedoch ab. „Wir halten die bestehende Regelung für richtig. Die Vergütungen sind angemessen und keineswegs zu hoch.“ Das Finanzministerium in Hannover reagiert verhalten. „Derzeit“, so ein Sprecher, „gibt es keine Bestrebungen, das Sparkassengesetz zu ändern.“

Dass es auch ganz anders geht, zeigt Delmenhorsts OB Axel Janz. Er legt nicht nur sämtliche Nebeneinkünfte auf der Internetseite der Stadt offen. Der SPD-Mann spendet sie auch ausnahmslos für gute Zwecke: „Ich denke, dass mit meinem Gehalt alles abgegolten ist. Wer in seiner Kandidatur und im späteren Amt auf Nebeneinkommen schielt, der mag das machen, ich jedenfalls nicht.“ Kommentar Seite 2

EU-Länder auf der Suche nach Hilfe

Brüssel-Berlin. In der Flüchtlingskrise weisen sich Europas Staaten gegenseitig die Schuld zu. Beim Sondertreffen wegen des Chaos auf der Balkanroute war die Atmosphäre am Sonntag in Brüssel angespannt. „Jeder ist versucht zu sagen, jemand anders ist schuld“, sagte ein Diplomat am Rande der Gespräche von zehn EU-Ländern sowie Mazedonien, Serbien und Albanien. „Das müssen wir stoppen.“ Druck gab es auf Griechenland. Einige Regierungschefs warfen Ministerpräsident Alexis Tsipras vor, zu wenig für den Schutz der EU-Außengrenzen zu tun, so zum Beispiel Kroatiens Regierungschef Zoran Milanovic: „Warum kontrolliert Griechenland nicht sein Seegebiet zur Türkei? Ich weiß es nicht.“ Tsipras beklagte dagegen die Abwesenheit der Türkei. Die EU plant nach einem Entwurf für die Abschlusserklärung, innerhalb einer Woche mehr als 400 Grenzschilder in Slowenien und auf dem Balkan einzusetzen. Außerdem soll die EU-Grenzschutzagentur Frontex in einer neuen Mission die Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien sowie Albanien besser absichern. Die Bundesregierung will unterstützen Flüchtlinge aus Afghanistan laut einem Bericht der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ künftig verstärkt in ihre Heimat abschieben. Nach dem Willen des Kanzleramts soll die EU-Kommission aufgefordert werden, mit Afghanistan ein Rücknahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber auszuhandeln. Standpunkt Seite 2

POLITIK Familienzusammenführung in Nordkorea 3

Nach Jahrzehnten der Trennung haben jetzt Hunderte Südkoreaner ihre Angehörigen aus dem Norden wieder in die Arme nehmen können. Die Familienmitglieder trafen sich in Nordkorea unter strengen Auflagen.

BREMEN Kita-Umbau wird für Eltern zum Problem 7

Der Umbau einer Kita im Peterswerder hat für einige Eltern ungeahnte Konsequenzen. Weil sich die Arbeiten verzögern, haben sie keine Betreuung für ihre Kinder. Und das, obwohl sie arbeiten gehen.

SPORT Hamilton holt seinen dritten WM-Titel 21

Lewis Hamilton hat sich in Austin zum neuen Formel-1-Weltmeister gekrönt. Der Brite gewann den Großen Preis der USA vor seinem Mercedes-Teamkollegen Nico Rosberg und dem Ferrari-Piloten Sebastian Vettel.

DER NORDEN Die Extremstrickerin 12

Dünnes Garn und die kleinste Nadelstärke sind Werkstoff und Werkzeug, mit denen die Twistringerin Ilona Hillebrand Wandbilder strickt. 300 Stunden dauert es durchschnittlich, bis Motive wie der Kilimandscharo oder Stonehenge fertig sind. Die Kunstwerke werden ein einem Stück gestrickt – nichts ist zusammengenäht.



Wegen Stickoxiden drohen Sanktionen

Hannover. Trotz der Einführung von Umweltzonen und trotz der seit 2010 europaweit geltenden Grenzwerte ist die Konzentration von Stickstoffdioxid (NO₂) nicht wirksam reduziert worden. Auch in diesem Jahr, so steht es zu erwarten, werden die Obergrenzen in den Städten Hannover, Osnabrück und Oldenburg überschritten. Bereits im vergangenen Jahr endete eine Ausnahme genehmigung – jetzt könnte die EU-Kommission Niedersachsen mit Strafzahlungen in Millionenhöhe belegen. Theoretisch. Doch die Kommunen bleiben entspannt: Die EU müsste sich mit Sanktionen an den Bund halten.

Bei 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft liegt – im Jahresmittel – der EU-Grenzwert. Messungen in Hannover ergaben im Mittel 48 Mikrogramm, in Osnabrück und Oldenburg wurden 50 beziehungsweise 52 Mikrogramm festgestellt. Der bislang höchste Tageswert in diesem Jahr wurde in Wolfsburg gemessen: 250 Mikrogramm.

Stickoxide entstehen vor allem bei der Verbrennung fossiler Stoffe – Öl zum Beispiel. Insbesondere Fahrzeuge mit Dieselmotoren tragen in den Ballungsräumen zur Luftbelastung bei – gefälschte Emissionswerte – siehe VW – verschärfen das Problem. Das niedersächsische Umweltministerium merkt angesichts der Messergebnisse auf, will aber zunächst überprüfen, ob die Messwerte auch korrekt ermittelt wurden. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 12

Schwaches Gedächtnis



Silke Hellwig über Sanierungsstaus

Bremen steht mit seinem Straßenbahn-Problem nicht alleine da. Wie die „Welt am Sonntag“ berichtet, zockeln in Gelsenkirchen und Bochum Bahnen mit 30 statt 70 Stundenkilometern über die Schienen, weil die Fahrzeuge marode sind und nicht auf die Schnelle ersetzt werden können. In Cottbus werden laut der Zeitung Mechaniker zu Restauratoren umgeschult, um den veralteten Fuhrpark fahrtüchtig zu halten. Nun verbessert sich die Lage für den, der in der Tinte sitzt, nicht dadurch, dass er sein Schicksal teilt. Aber die anderen Beispiele zeigen, dass dem ausgedünnten Fahrplan der BSAG ein Problem zugrunde liegt, das im Prinzip die gesamte Republik betrifft: ein enormer Sanierungsstau. Der miserable Zustand von Bahnen und Brücken, Straßen, Schienen und Schulen wird regelmäßig angeprangert, doch es tut sich wenig.

Die Ursache für den Stau liegt in politischer Kurzatmigkeit, in Planungen im Rhythmus von Wahlperioden. Bremen, Gelsenkirchen, Bochum und Cottbus sind enorm verschuldet, deshalb zeigen sich die Folgen der Kurzsichtigkeit hier zuerst. Das zeitliche Vorstellungsvermögen bei Entscheidungsträgern endet regelmäßig bei der nächsten Wahl oder Vertragsverlängerung. Nicht anders ist zu erklären, dass Verantwortlichen konstant zu entfallen scheint, dass Bahnen und Brücken altern. Es trifft sie (oder ihre Nachfolger) wie aus heiterem Himmel, wenn Reparaturen oder Ersatzbeschaffungen anfallen. Das nennt man retrograde Amnesie. Klingt dramatisch, kann aber geheilt werden: Dass jede neue Beamten-Stelle Pensionsverpflichtungen nach sich zieht, wurde ebenfalls jahrzehntelang amgehört und doch vergessen. Mittlerweile bilden die Kommunen – so gar Bremen – dafür Rückstellungen. An jedem roten Band, das zur Einweihung von Schulen, Straßen oder Jungfernfahrten zerschnitten wird, hängen also zwei Preisschilder: die Investitionskosten (samt Tilgung) und die Rücklage für Abnutzungserscheinungen. Wer das nicht beachtet, wird vielleicht wiedergewählt, bis er in Pension geht. Doch wenn er eines Tages auf die Bahn angewiesen ist, fährt sie womöglich nur noch alle halbe Stunde, mit zehn km/h, bei Rückenwind.

silke.hellwig@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Herzogin Kate



Das hätte sie sich als kleines Mädchen wahrscheinlich niemals träumen lassen: Seit ihrer Hochzeit mit Prinz William vor vier Jahren ist die als Catherine Elizabeth Middleton geborene Bürgerliche nicht nur

Herzogin von Cambridge und Mutter des künftigen Thronfolgers geworden, sondern auch gern gesehener Gast auf roten Teppichen rund um den Globus. An diesem Montag wird der 33-Jährigen zusammen mit ihrem Mann und Schwager Prinz Harry das Privileg zuteil, als eine der ersten den neuen James-Bond-Film schauen zu dürfen. Bei der Premiere von „Spectre“ in London mit Daniel Craig wird Kate – wie sie noch immer vom Volk gerufen wird – in einer der ersten Reihen Platz nehmen.

WETTER



Ruhiger Wochenstart
Ausführliches Wetter Seite 6

RUBRIKEN

| | | | |
|------------------|----|-----------------|----|
| Familienanzeigen | 17 | Rätsel & Roman | 15 |
| Fernsehen | 16 | Tipps & Termine | 10 |
| Lesermeinung | 18 | Verbraucher | 14 |

H 7166 • 28189 BREMEN

